

MASSNAHMEN FÜR DIE GESTALTUNG DER ZUKUNFT DER BILDUNG

BESCHLUSS DES MIT-BUNDESVORSTANDS AM 28. JANUAR 2025.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion fordert:

- **Fokussierung auf Basiswissen!**
Schüler müssen richtig lesen, schreiben und rechnen können, um im späteren Berufsalltag bestehen zu können. Ohne ordentliches Fundament kann keine Bildungskarriere Erfolg haben. Schüler müssen weiterhin die Befähigung haben, Lerninhalte mit Buch, Papier, Stift und Lineal aufnehmen und umsetzen zu können.
- **Schwerpunkt „digitale Bildung“!**
Schülern muss über ihr in der heutigen Generation bereits erhebliches Alltagswissen zur Nutzung digitaler Endgeräte und Technologien hinaus auf hohem Niveau diejenigen weiterführenden Kenntnisse vermittelt werden, die der Arbeits- und Ausbildungsmarkt erfordert.
- **Wirtschaftliche Bildung stärken!**
Volks- und Betriebswirtschaftliche Kenntnisse sind die Grundlage einer florierenden Unternehmerkultur. Die Vermittlung ökonomischer und finanzwirtschaftlicher Grundkenntnisse muss als essenzielle Grundlage einer starken Mittelstandsstruktur daher bereits in der Schule aus- bzw. aufgebaut werden.
- **Positive Wirkung des Leistungsprinzips betonen!**
Schulen sollten das Leistungsprinzip als etwas Erstrebenswertes darstellen, welches dem Einzelnen unabhängig von sozialer oder kultureller Herkunft ermöglicht, erfolgreich zu sein.
- **Mindestbildungsstandards!**
Die bundesweit geltenden Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz (KMK) gibt es bereits seit rund zwei Jahrzehnten. Die Bundesländer haben sich zur Umsetzung dieser Bildungsstandards verpflichtet. Sie müssen durch jährlich erfolgende Lernstandserhebungen an jeder einzelnen Schule und für sämtliche Schülerinnen und Schüler gemessen werden und zur Grundlage eines verbindlichen, datengestützten und flächendeckenden Optimierungsprozesses von Schul- und Unterrichtsqualität werden.
- **Breite flächendeckende Berufs- und Studienorientierung an weiterführenden Schulen!**
Schüler müssen frühzeitig über die verschiedenen Möglichkeiten der Lebensgestaltung informiert werden, um eine differenzierte Entscheidung treffen zu können. Hierfür bedarf es auch der Bildungspartnerschaften zwischen Schulen, Betrieben, Kammern und Verbände.

- **Staatsbürgerschaft nahbar machen!**
 Schüler müssen verstehen, woher wir kommen und was uns von anderen aktuellen und historischen Gesellschaftsformen unterscheidet. Hierzu gehört Wissen über die europäische und deutsche Geschichte, Grundlagen der Staats- und Verfassungsgeschichte, die Rolle der Gewaltenteilung, von freier Republik und des unabhängigen Mandats sowie Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. Inhalt, Grenzen und Konkordanzen deutscher und europäischer Grundrechte und Grundlagen des Staatsorganisationsrechts sind zu vermitteln und in den Lehrstoff einzubinden.
- **Einführung einer engmaschigen Beobachtung Meldepflicht und Dokumentation von außereuropäischen Investitionen in deutsche Bildungsträger zum Erwerb staatlich anerkannter Bildungsabschlüsse!**
 Deutschland kann sich Investments allein zur Ausschaltung der Regeln des Marktes und dem Erwerb einer marktbeherrschenden Stellung im privaten Bildungssektor nicht erlauben. Das Beispiel der „International University“ (investors group Oakley) zeigt eine Systemanfälligkeit, die den aktuellen geostrategischen Risiken nicht entspricht.
- **Finanzierung der Bildung zukunftsfest machen!**
 Als zusätzliche Säule der Bildungsfinanzierung soll ein neu einzurichtender nationaler Bildungsfonds allen Bürgern für die Dauer der Ausbildung oder Weiterbildung eine Bildungsfinanzierung ermöglichen. Als dritte Säule der Bildungsfinanzierung soll die Vergaben von Stipendien durch staatliche und private Einrichtungen gefördert und ausgebaut werden. Neben BAföG, einem nationalen Bildungsfonds und Stipendien bietet ein funktionierender Finanzmarkt vielfältige Möglichkeiten, Aufstiegschancen zu finanzieren.